

Zweiundzwanzig Autoren formulieren ihre Berührung mit dem Thema Hunger in vier eigenständigen Teilen: Eine breitgefächerte Bestandsaufnahme der Ernährungsprobleme in unserer Einen Welt bildet den Anfang. Auch die Geschichte des Hungers in Europa und insbesondere die heutigen Eßgewohnheiten und Eßstörungen Europas werden kritisch beleuchtet.

Sechs Fallbeispiele berichten anschließend von dem verheerenden Ausmaß des Hungers. Das schnelle Sterben muß angesichts der menschenunwürdigen Folgeschäden von Unterernährung oft wie eine Erlösung erscheinen. Nicht von ungefähr stammt dabei die Mehrzahl der Berichte aus konfusen Kriegsschauplätzen. Im Kapitel "Strategien gegen den Hunger" wird folgerichtig nach globalen Lösungsansätzen gesucht, einer neuen sozialen Weltinnenpolitik, die die mannigfaltigen Ursachen aushebeln kann.

Daß das Buch kein schöngarförter Rechenschaftsbericht der Deutschen Welthungerhilfe ist, wird deutlich, wenn die gesamte Entwicklungspolitik einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen wird. Dabei wird insbesondere die Forderung formuliert, von der Soforthilfe abzurücken, die zwar das Gewissen der Geber beruhigt, die Erwartungen der Nehmer jedoch langfristig enttäuschen muß.

Trotz aller bisher weitgehend fehlgeschlagenen Strategien verfallen die Autoren abschließend nicht in Hoffnungslosigkeit. Das Buch appelliert dabei an einen weiten Leserkreis, jedem nicht wiedergutzumachenden Weggucken ein Ende zu setzen und heute anders zu leben, wenn wir auch morgen noch leben wollen.

Wolfgang Gaul

Robert Fatton, Jr.

Predatory Rule. State and Civil Society in Africa

Lynne Rienner Publishers, Boulder/London, 1992, VIII, 165 pp., \$ 30.00 / £ 21.00

Dieses Buch des amerikanischen Politikwissenschaftlers Robert Fatton beschäftigt sich mit einem höchst aktuellen Aspekt der Demokratieforschung: der Zivilgesellschaft.

Der Verfasser beschränkt sich auf Afrika, einen Kontinent, der - im Gegensatz zu Lateinamerika und einigen asiatischen Staaten - bisher kaum funktionsfähige demokratische Regime hervorgebracht hat. Der "wind of change", der seit drei Jahren jetzt auch den Schwarzen Kontinent erreicht und zum Sturz zahlreicher autoritärer Regime geführt hat, macht eine auf Afrika ausgerichtete Analyse der oft als "Wunderwaffe der Demokratie" bezeichneten Zivilgesellschaft dringend erforderlich.

Fatton unterscheidet in afrikanischen Gesellschaften zwei sich gegenüberstehende Interessengruppen: Die herrschende und die beherrschte Klasse (ohne den Klassenbegriff marxistisch zu definieren). Seine Grundannahme geht davon aus, daß "... ruling classes are predatory. They try to establish a set of property rights that enhances their revenues, status,

and wealth even if it has devastating effects on the rest of the society" (S. 3). Die herrschende Klasse bedient sich des Staates, um Ressourcen, Macht und Status zu erlangen, weil sich außerhalb des Regimes keine adäquaten Alternativen zur Akkumulierung von Reichtum und Macht bieten.

Die Zivilgesellschaft ist die private Sphäre von politischen, materiellen und kulturellen Aktivitäten. Zu ihr sind z.B. Kirchen, Anwaltskammern, Journalistenverbände und andere freiwillige Organisationen zu zählen, die unabhängig vom Staat ihre eigenen korporatistischen Interessen verfolgen (S. 74).

Fatton widerspricht der Auffassung, in afrikanischen Staaten würden sich ein zunehmend schwächer werdender Staat und eine wachsende Zivilgesellschaft bekämpfend gegenüberstehen. Im Gegenteil: "In Africa, the separation between public and private, civil society and state, is at best embryonic, if not altogether spurious. To have power, status, and wealth requires location in, or proximity to, the strategic points of state power" (S. 64). Da auch die Zivilgesellschaft von höheren Zirkeln geführt wird - denn eine aktive Mitarbeit in nicht-staatlichen Verbänden und Vereinigungen erfordert ein gutes Maß an Bildung, finanziellem Rückhalt und Zeit - sind die Interessen der unteren Schichten kaum vertreten. Subsistenzbauern, Plantagen- und Industriearbeiter stellen zwar die große Bevölkerungsmehrheit, sind jedoch kaum in zivilgesellschaftlichen Organisationen engagiert.

Der Verfasser zieht den Schluß, daß mit Hilfe der Zivilgesellschaft überwiegend nichtstaatliche Eliten versuchen, ihre eigenen Interessen - aber keineswegs vorrangig die der untergeordneten Schichten - gegenüber dem Staat durchzusetzen. Die zivile Elite verfolgt fast immer materielle Ziele und ist kaum in erster Linie am Wohl der breiten Massen interessiert, obwohl sie diese nicht selten für ihre Ziele unter dem Deckmantel der Demokratisierung zu instrumentalisieren sucht. Eine starke Zivilgesellschaft muß somit nicht zwangsläufig zu einer demokratischen Regierungsform führen (S. 143).

Andererseits muß erkannt werden, daß sie die treibende Kraft im Transitionsprozeß von einem autoritären zu einem demokratischeren Regime sein kann. Kirchen, Journalisten, Juristen etc. dominieren die Nationalkonferenzen, auf denen eine politische Beteiligung der zivilen Eliten mit dem Regime ausgehandelt wird. Zu spannungsgeladenen und gewalttätigen Aktionen zwischen Regimeanhängern und -gegnern kommt es allenfalls in den Straßen der größeren Städte, wobei die Landbevölkerung meistens nicht politisch in Erscheinung tritt. Es handelt sich somit um einen Elitenkonflikt (S. 115).

Insgesamt zeichnet Fatton ein düsteres - wenn auch zutreffendes - Bild für die Chancen einer Demokratisierung afrikanischer Gesellschaften. Zu kurz gekommen ist in der Studie die Frage der politischen Konditionierung von Entwicklungshilfe und ihre Auswirkungen auf den Demokratisierungsprozeß. Handelt es sich um ein effizientes Instrument, und wie groß ist das Interesse der Geberstaaten, es einzusetzen?

Die Erkenntnisse des Buches sind wertvoll, räumen sie doch mit den hohen Erwartungen, die mit einer starken Zivilgesellschaft verbunden wurden und werden, auf. Eine demokratische Transition wird befürchtet durch die sie begleitende Euphorie. In der Konsolidierungsphase wird es dann darauf ankommen, die Akzeptanz und Unterstützung möglichst aller

wichtigen ethnischen und gesellschaftlichen Gruppen zu erlangen. Oder gibt es eine Alternative zur Demokratisierung durch eine zivile Gesellschaft? Vermutlich nicht.

Heiko Meinhardt

Richard Sandbrook

The Politics of Africa's Economic Recovery

University Press, Cambridge, 1993, X, 170 pp., £ 11.95

Hat die westliche Demokratie in Afrika eine Chance? Dieser Frage geht Richard Sandbrook in seinem kürzlich erschienenen Buch nach.

Zunächst analysiert der Verfasser die Gründe, die zum Zusammenbruch zahlreicher autoritärer Regime seit Anfang 1990 führen. Besonderes Gewicht wird dabei auf die hoffnungslose ökonomische Lage der meisten Staaten gelegt. Er macht deutlich, daß sowohl die markt- als auch die staatswirtschaftlich orientierte Wirtschaftsordnung in Afrika versagt haben. Am Ende des letzten Jahrzehnts - nach 30 Jahren Unabhängigkeit - hatten fast alle autoritären Regime abgewirtschaftet. Ihr Machtanspruch wurde durch einen Repressionsapparat aufrechterhalten, der die schwindende Legitimität im Bereich der Klientelsysteme - die unter zunehmendem Ressourcenschwund litten - ausgleichen sollte.

Strukturanpassungsprogramme von Währungsfond und Weltbank ließen sich politisch oft nur schwer durchsetzen, da beispielsweise der Abbau von Subventionen und eine drastische Verringerung der Staatsbürokratie die Überlebensfähigkeit des Regimes gefährdet hätten.

Eine Demokratisierung der Staaten bietet laut Sandbrook eine - vorsichtige - Perspektive für eine ökonomische Besserung (S. 54). Die demokratische Transition, die in großen Teilen Afrikas angelaufen ist, bezeichnet er als hoffnungsvoll, warnt jedoch ausdrücklich vor zuviel Optimismus: "Democratic transitions will widely occur, but the consolidation of democracy is a longer term and more dubious proposition. The consolidation will depend upon the formation of a vigilant and organized civil society a process that is dramatically underway in some Sub-Saharan countries" (S. 115).

Wie viele andere Afrika-Wissenschaftler hält der Verfasser eine starke Zivilgesellschaft für ein Gelingen der Demokratisierung für unverzichtbar. Bisher waren vom Staat unabhängige Verbände und Organisationen (z.B. Anwaltskammern, Journalistenverbände, Handelskammern, Gewerkschaften und Kirchen) die große Ausnahme. Sie wurden häufig nach der völkerrechtlichen Unabhängigkeit vom Regime kooptiert oder verboten. Außerhalb des Staatssektors war es somit kaum möglich, Wohlstand, Macht und Status zu erlangen. Diese Situation scheint sich in der jüngsten Zeit zu verändern. Da die meisten afrikanischen Staaten am Tropf der Entwicklungshilfe hängen, trugen die westlichen Geberstaaten durch die politische Konditionierung der Hilfe nicht unmaßgeblich dazu bei, demokratische Reformen anzumahnen, die das Umfeld und die Grundlage für eine zivile Gesellschaft